

(Nr. 645.) Desgleichen über Tit. 20 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Erweiterung des Bahnhofes Weischlitz (zweite und letzte Rate) betr.

(Nr. 646.) Desgleichen über das Königl. Dekret Nr. 31, mehrere Eisenbahnangelegenheiten betr., und zwar zu B. Umbau des Bahnhofes Zittau, sowie über eine hierauf bezügliche Petition des Oberstabsarztes Dr. med. Kämpfer in Zittau und Genossen.

(Nr. 647.) Desgleichen über Kap. 14 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Staatliches Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden betr.

Präsident: Die Protokollextrakte unter den Registrandennummern 644 bis 647 sind zu den Akten zu nehmen.

(Nr. 648.) Schreiben des Herrn Landgerichtsdirektors a. D., Geh. Justizrates Dr. Schill, seine Wahl zum Mitgliede des Staatsgerichtshofs betr.

(Nr. 649.) Schreiben des Herrn Senatspräsidenten a. D. Thierbach, seine Wahl zum Mitgliede des Staatsgerichtshofs betr.

(Nr. 650.) Schreiben des Herrn Rechtsanwalts Justizrats Opitz, seine Wahl zum Mitgliede des Staatsgerichtshofs betr.

(Nr. 651.) Schreiben des Herrn Rechtsanwalts Justizrat Dr. Rudolph, seine Wahl zum stellvertretenden Mitgliede des Staatsgerichtshofs betr.

(Nr. 652.) Schreiben des Herrn Rechtsanwalts Justizrates Schuricht, seine Wahl zum stellvertretenden Mitgliede des Staatsgerichtshofs betr.

Präsident: In den unter den Registrandennummern 648 bis 652 eingegangenen Schreiben nehmen die von der Zweiten Kammer für den Staatsgerichtshof als wirkliche bezw. stellvertretende Mitglieder gewählten Herren unter dem Ausdrucke ihres Dankes die Wahl an.

Für die heutige Sitzung haben sich dringender Berufsgeschäfte wegen die Herren Abgg. Dr. Schober, Härtwig und Greulich entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „1. Schlussberatung über den Bericht der Gesetzgebungs-Deputation über das Königl. Dekret Nr. 24, eine Denkschrift über das Wahlrecht zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung im Königreich Sachsen betreffend, sowie über den Antrag des Abgeordneten Andrá und Genossen, die Zusammensetzung der Ersten Kammer der Ständeversammlung betreffend, ferner über den Antrag des Abgeordneten Ahnert und Genossen auf Vorlegung von Gesetzentwürfen wegen einer Neuordnung des Wahlrechts für die Zweite

Kammer der Ständeversammlung und über die aus Anlaß der erstgedachten Denkschrift eingegangenen Petitionen.“ (Drucksache Nr. 232.)

Berichterstatter der Mehrheit ist Herr Vizepräsident Opitz, Berichterstatter der Minderheit ist Herr Abg. Schulze.

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort zunächst dem Herrn Berichterstatter der Mehrheit.

Berichterstatter der Mehrheit Vizepräsident Opitz: Meine geehrten Herren! Es entspricht jedenfalls der Bedeutung der gegenwärtigen Vorlage, wenn ich mich, wie das ja sonst meist üblich ist, als Berichterstatter nicht darauf beschränke, Ihnen heute einfach die Annahme der Deputationsvorschläge zu empfehlen, sondern wenn ich es als meine Aufgabe ansehe, die heutige Debatte noch mit einigen, wenn auch allgemein gehaltenen Worten einzuleiten. Selbstverständlich kann ich das meines Orts nur in meiner Eigenschaft als Berichterstatter der Mehrheit tun. Wenn ich hierbei vielleicht nach verschiedenen Richtungen hin über den Rahmen derjenigen Gegenstände hinausgehen werde, die das Objekt der Verhandlung der Deputation gebildet haben, meine Herren, so werden sich meine Ausführungen doch überall in dem Sinne halten, in dem nach der Absicht der Deputationsmehrheit die von ihr vorgeschlagenen Anträge eingebracht worden sind. Sollte ich mich hierin irren, so habe ich wohl zu erwarten, daß aus der Mitte der Deputationsmehrheit selbst Berichtigungen bei der Debatte eintreten werden.

Nun die Sache selbst anlangend, so ist bereits bei der Allgemeinen Vorberatung darauf hingewiesen worden, daß die so überaus wichtige Frage, vor deren Behandlung wir heute wieder stehen, schon zu jener Zeit, als es galt, ein geändertes Wahlrecht in unserem engeren Vaterlande einzuführen — das war im Jahre 1896 —, namentlich von sozialdemokratischer Seite dazu außersehen wurde, die Volksleidenschaft mehr oder minder zu erregen, den Fanatismus aufzustacheln gegen die Regierung und die Stände, die damals daran gingen, das bis dahin geltende Wahlrecht durch ein anderes zu ersetzen.

Es ist weiter auch schon bei der Allgemeinen Vorberatung, und zwar ganz mit Recht, darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokratie mit diesem ihrem Bestreben im großen und ganzen — gottlob! — recht wenig Erfolg gehabt hat, daß die Erregung des Fanatismus, auf die sie so zuversichtlich bei jenem Vorgehen gerechnet hat, schließlich bei der Masse und namentlich bei den Arbeitern so gut wie vollständig ausgeblieben